

daß die Deutschen mehrheitlich, nämlich zu 51%, erklärten: "Die EG ist eine Organisation ohne Macht", während die Bevölkerung der anderen kontinentalen Mitgliedsländer mehrheitlich die Macht der Entscheidungen der Europäischen Gemeinschaft erkannte. Noch heute, im Januar 1993, dominiert bei den Deutschen die Provinzialität: 38% erkennen jetzt die großen Entscheidungsbefugnisse der EG, 40% denken nach wie vor: "Organisation ohne Macht"³.

Befürchtungen

Der Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaft, Jacques Delors, beschrieb in einem Artikel⁴, welche Art von Kommunikation die Bürger mit Sicherheit erreicht: Die Franzosen glauben, die Gemeinschaft wolle ihnen gewisse Käsesorten nehmen. Brüsseler Vorschriften für Schokolade oder Kartoffelchips erbittern die Bevölkerung der Mitgliedsländer. In Deutschland haben rund drei Fünftel von der Auseinandersetzung über die Bananenpreise gehört, und die Meinungen dazu waren eindeutig. Im März 1993 wurde gefragt: "Nach einer europäischen Regelung dürfen Bananen nach Deutschland bald nicht mehr unbegrenzt eingeführt werden. Es müssen dann auch hohe Zölle bezahlt werden. Deshalb werden Bananen bei uns demnächst etwa doppelt so teuer. Ist so etwas typisch für das künftige Europa, wird es künftig häufiger passieren, daß die deutschen Verbraucher durch die europäische Regelung Nachteile haben, oder ist das ein Ausnahmefall?" – "Ist typisch" antworteten 69%. "Ist Ausnahmefall" 13%⁵.

Seit dem Vertrag von Maastricht steht unter den Befürchtungen beim Gedanken an Europa die Währungsfrage obenan. Es ist bekannt, wie sehr der Gedanke einer einheitlichen europäischen Währung, eines Abschieds von der D-Mark die deutsche Bevölkerung schreckt; im September 1992 waren 25% für eine einheitliche europäische Währung, rund 60% dagegen. Der besondere Symbolgehalt der D-Mark nach zwei traumatischen Inflationserfahrungen, die D-Mark als Symbol des Aufstiegs aus tiefstem Zusammenbruch, die D-Mark als Stabilitätsanker – alles das ist als realer Einflußfaktor von Stimmungen und Meinungsbildung anzuerkennen⁶. Im Januar und September 1992 wurde gefragt: "Läßt sich die zukünftige europäische Währung so stabil halten wie die D-Mark, oder glauben Sie das nicht?" – Im September meinten nur noch 8%: "Läßt sich stabil halten", 76%: "Glaube ich nicht"⁷.

Seit drei Jahren, als 1990 zum ersten Mal danach gefragt wurde, wächst die Sorge der Deutschen, es könne im vereinigten Europa allmählich verloren gehen, was Deutschland ist. Die Frage dazu lautete: "Wenn sich die europäischen Länder immer enger zusammenschließen und ein vereinigtes Europa entsteht, geht dann das, was Deutschland war, allmählich verloren, oder glauben Sie das nicht?"⁸. In Westdeutschland stieg die Antwort: "Geht allmählich verloren" von 21% im Oktober 1990 auf 46% im April 1993. "Glaube ich nicht" sagten 63% 1990 und heute noch 40%. Ganz ähnlich haben sich die Empfindungen in den neuen Bundesländern verschoben. Daß das als Befürchtung zu werten ist, ist kein

Zweifel: 70% der Deutschen sagen, es sei ihnen wichtig, daß Deutschland in einem vereinten Europa erhalten bleibt⁹.

Mit Nationalismus hat das nichts zu tun. Die Deutschen bleiben ohnehin im Nationalstolz weit hinter anderen europäischen Mitgliedsländern zurück¹⁰. Aber mit überwältigender Mehrheit sagen sie bei der Frage: "Lieben Sie Deutschland?" – "Ich liebe es"¹¹. Bei der Frage: "Fühlen Sie sich eher als Deutscher oder eher als Europäer?" dominiert bisher bei weitem die Identifikation als Deutscher: 75% in Westdeutschland, 82% in Ostdeutschland empfanden das so im März 1993¹².

Wenn es nach Kosten-Nutzen-Denken ginge, müßten die Deutschen die Europäische Gemeinschaft, die Europäische Union ablehnen. Man braucht nur an die Relation zu denken zwischen der Vorstellung, die EG bringe mehr Vorteile und: bringe mehr Nachteile für uns. Aber die Deutschen lehnen Europa nicht ab. Der Grund liegt in der Zukunftswitterung der Bevölkerung, die oft in Erstaunen versetzt. Die Bevölkerung weiß, daß der Europäischen Union die Zukunft gehört. Bei der spielerisch klingenden, aber für das Erfassen der Witterung wichtigen Frage, ob Europa "IN" oder "OUT" sei, antworteten seit 1990 Mehrheiten, die fast 80% erreichen, in Ost- und Westdeutschland, Europa sei "IN"¹³.

Der Vertrag von Maastricht

Die Einstellungen zum Vertrag von Maastricht sind noch immer sehr geteilt. Im März 1992, als zum ersten Mal nach Zustimmung oder Ablehnung des Vertrages gefragt wurde, hatten die Gegner die Mehrheit mit 42% bei 25% Befürwortern. Im September 1992, unmittelbar nach dem knappen, aber positiven Referendum in Frankreich lagen die Befürworter mit 39% vor den Gegnern: 35%. Im April 1993 sind noch immer nur 31% für den Vertrag von Maastricht; aber die Gegnerschaft schmilzt: 42% im März 1992, 35% im September 1992, im April 1993 22%.

Fast jeder zweite Deutsche ist unentschieden oder wurde – weil er nichts von dem Vertrag von Maastricht gehört hatte: 10% – nicht gefragt (Tab. 2). Man kann aber nach diesen Ergebnissen annehmen, daß ein Referendum, wenn es eines in Deutschland gegeben hätte, knapp zugunsten von Maastricht ausgefallen wäre. Eine Mehrheit der Bevölkerung stimmt auch den Vereinbarungen im Vertrag von Maastricht zu, daß es zusätzlich zur jeweiligen Staatsbürgerschaft eine europäische Unionsbürgerschaft geben soll. Insbesondere in den neuen Bundesländern hat sich die Zahl der Anhänger einer europäischen Unionsbürgerschaft von September 1992 bis April 1993 von 32% auf 42% erhöht, bei nur 28% Gegenstimmen¹⁴. Die große Zahl der Unentschiedenen bei den Fragen nach dem Vertrag von Maastricht ist nicht nur in Deutschland zu verzeichnen; sie ist charakteristisch für die Einstellungen in allen Mitgliedsländern¹⁵.

Niemand außer der deutschen Bundesregierung wünsche einen Bundesstaat Europa, heißt es in den politischen Analysen. Die Abneigung der Deutschen gegenüber einem Bundesstaat Europa zeigte sich bei einer Umfrage im September 1992 unmittelbar nach dem französischen Referendum¹⁶. Es wurde im September 1992 gefragt: "Es gibt zwei verschiedene Möglichkeiten, wie Europa in Zukunft

*Tabelle 2: Ablehnung des Vertrages von Maastricht geht zurück
Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre*

FRAGE im März 1992: "Jetzt gibt es im Bundesrat die Forderung, die Beschlüsse von Maastricht abzulehnen. Sollte man diese Beschlüsse jetzt ablehnen, oder sollte man sie nicht ablehnen?"

FRAGE im September 1992: "Einmal angenommen, es kommt auch bei uns in Deutschland zu so einer Volksabstimmung, würden Sie dann für oder gegen den Vertrag von Maastricht stimmen?"

FRAGE im April 1993: "Wie ist Ihre Meinung zum Vertrag von Maastricht: Sind Sie alles in allem für den Vertrag oder sind Sie dagegen?"

	Gesamtdeutschland			Alte Bundesrepublik			Neue Bundesländer		
	März 1992	Sept. 1992	April 1993	März 1992	Sept. 1992	April 1993	März 1992	Sept. 1992	April 1993
Für den Vertrag bzw. sollte man nicht ablehnen	25	39	31	25	40	32	24	37	29
Gegen den Vertrag bzw. sollte man ablehnen	42	35	22	42	34	22	40	38	24
Unentschieden bzw. nichts vom Vertrag von Maastricht gehört	33	26	47	33	26	46	36	25	47
n =	100 2.121	100 1.168	100 2.144	100 1.068	100 959	100 1.025	100 1.058	100 209	100 1.119

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 5062, 5107, 5079.

aussehen soll. Es kann ein gemeinsamer Staat sein mit einer zentralen Regierung und gemeinsamen Gesetzen, oder aber ein Bündnis einzelner selbständiger Staaten. Was meinen Sie, wie sollte es sein? Sollte es einen gemeinsamen europäischen Staat geben oder ein europäisches Bündnis einzelner Staaten?" Die Deutschen möchten nur zu 15% einen gemeinsamen europäischen Staat, Dreiviertelmehrheiten stimmen für ein europäisches Bündnis einzelner Staaten¹⁷.

Europa für Frieden und Freiheit

Auf dem Europa-Kongreß der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bonn am 27. Mai 1993 – "Europa auf dem Weg zur Politischen Union" – sagte Bundeskanzler Kohl, es gehe bei der Europapolitik nicht vor allem um Wirtschaftsfragen, in erster Linie gehe es dabei um eine Politik für Freiheit und Frieden. Das sollte die Bevölkerung beim Gedanken an die Europäische Union mit Hoffnung erfüllen. Aber dafür fehlt die Stimmführerschaft. Bei einem Assoziationstest zum Stichwort "Europa" nannten im Januar 1993 4% "Frieden". Das Stichwort Freiheit wurde so wenig erwähnt, daß es nicht einmal gesondert erfaßt wurde (Tab. 3).

Tabelle 3: Assoziation zu Europa (Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre)

FRAGE: "Vielleicht kennen Sie das Spiel, das ich Ihnen jetzt beschreiben möchte: Jemand sagt ein Wort, und nun muß sich der andere schnell hintereinander mehrere neue Wörter ausdenken, die irgendwie mit dem ersten zu tun haben. Zum Beispiel: Ich sage 'Wald'. Da könnte einem dann einfallen: Eiche, Bäume, Strauch, Hirsch, Jäger usw. Jetzt möchte ich Ihnen auch ein solches Wort nennen. Erzählen Sie bitte schnell hintereinander, was Ihnen da alles durch den Kopf geht, auch Einzelheiten, Dinge, die Sie nebensächlich finden! Das Wort heißt: 'Europa'."		
	Alte Bundesrepublik %	Neue Bundesländer %
Es denken bei 'Europa' an:		
Grenzen (offene, keine Grenzen, Grenzkontrollen)	45	37
Binnenmarkt (freier Handel, Zollfreiheit, vergrößertes Angebot, vergrößerte Nachfrage, wirtschaftlicher Aufschwung, Wohlfahrt, freie Arbeitsplatzwahl)	39	38
Probleme Ängste	31	37
Mafia, steigende Kriminalität, Autodiebstahl	9	18
Rauschgift, Drogen	4	8
Andere Qualität bei Lebensmitteln, anderen Waren	5	3
Gefahr für Arbeitsplätze	6	7
Gefahren aus sozialen Unterschieden zwischen den Ländern	1	1
Krieg	3	6
Geldentwertung, Inflation	10	7
Ausländer, Asylbewerber, Fremdenhaß	5	11
Unruhe, Unordnung, Streit, Ärger, Zusammenbruch	7	5
Nationen, Nationalitäten, einzelne Länder	26	20
Westeuropäische Länder	17	8
Osteuropäische Länder	3	6
Bestehende Einrichtungen, Verträge (EG, KSZE, Maastricht, Europa-Parlament)	25	23
Gemeinsame Währung, Eurocheque, ECU, Währungsunion	24	29
Gemeinsamkeit, Zusammenschluß, Stärke	20	14
Freizügigkeit (Reisen, Urlaub)	16	26
Begegnung der Menschen, Verstehen (Kulturen, Ausbildungen)	13	10
Sprachen, Sprachenprobleme	4	3
Frieden	3	4
Gemeinsame Verteidigung, NATO	2	1
Andere Angaben	11	13
DIE ASSOZIATIONEN SIND:		
Eher positiv	21	19
Ambivalent	20	22
Eher negativ	14	18
Neutral	38	34
Keine (konkrete) Angabe	7	7

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5075, Januar 1993.

Öffnung nach Osten

Schon Ende der 80er Jahre zeigte sich bei der Frage, ob die Europäische Gemeinschaft im wesentlichen Westeuropa umfassen soll, oder sich nach Osten, für osteuropäische Länder öffnen soll, eine Linie, die die Mitgliedstaaten teilt: Mehrheiten der Bevölkerung in Irland, Griechenland, Belgien, Frankreich, Spanien, Portugal und Italien verlangten damals die Vertiefung der EG, die Konzentration auf den Ausbau des Binnenmarktes. In England, den Niederlanden, Dänemark und Deutschland verlangten Mehrheiten, eine Öffnung nach Osten sei dringlich¹⁸. Diese Ländergruppierung wird in Umfragen ständig in vielen Bereichen beobachtet, auch in der Marktforschung. Man könnte von einer Linie sprechen, die Europa in ein romanisches und ein angelsächsisch-germanisches Europa teilt. Bis heute zeigt sich bei jeder Frage nach Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft oder Ausweitung, Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der osteuropäischen Länder diese Zweiteilung¹⁹.

Fast irrational erschien, daß sich schon Ende der 70er Jahre 34% der Westdeutschen – bei 47% Gegenstimmen – wünschten, das vereinigte Europa möge auch Rußland und die osteuropäischen Länder einschließen. Dieser Wunsch der Öffnung nach Osteuropa behauptete sich die 80er Jahre hindurch und verstärkte sich naturgemäß nach 1989. Ganz ausgeprägt finden wir heute den Wunsch zur Öffnung nach Osten in den neuen Bundesländern²⁰.

Mehr Einfluß für die Deutschen

Langsam, aber beharrlich wächst die Forderung der Deutschen, im vereinigten Europa einen stärkeren Einfluß zu erhalten. In einer Dialog-Frage wurden zwei Ansichten gegeneinander gestellt (Tab. 4). Von Oktober 1990 bis April 1993 stieg in Westdeutschland die Zahl der Befürworter der ersten Position: "Eine Führungsrolle übernehmen" von 30% auf 48%. Die Anhänger der zweiten Position verminderten sich von 57% auf 39%. Ein Trend in gleicher Richtung zeigt sich auch in den neuen Bundesländern. Aber noch auffallender ist der bei dieser Frage markante Unterschied in der Einstellung der West- und Ostdeutschen. Das Verlangen, Deutschland möge eine Führungsrolle im vereinten Europa übernehmen, ist in Ostdeutschland viel weniger ausgeprägt (Tab. 4)²¹.

Ein Ergebnis, das sich mit großer Wahrscheinlichkeit in Westdeutschland in der kommenden Zeit noch verstärken wird, zeigt sich auch bei der Frage: "Im Europaparlament gibt es derzeit vier Staaten mit gleich großem Stimmengewicht: Frankreich, Großbritannien, Italien und Deutschland. Sollte Deutschland entsprechend seiner gewachsenen Bevölkerung künftig ein größeres Stimmengewicht erhalten oder nicht?" Im Juli 1992 wünschte eine relative Mehrheit der Westdeutschen mehr Stimmengewicht für Deutschland. "Sollte größeres Stimmengewicht erhalten" 42%, "Nicht dafür" 40%. Anders votiert wiederum die Bevölkerung der neuen Bundesländer: 31% sagen: "Deutschland sollte mehr Stimmengewicht erhalten", 46%: "Bin nicht dafür"²².

Tabelle 4: Die zukünftige Stellung Deutschlands Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre				
FRAGE: "Welche Stellung das vereinte Deutschland in Zukunft in Europa haben soll, darüber unterhalten sich hier zwei. Wem von beiden stimmen Sie eher zu?" (Vorlage eines Bildblatts)				
	Alte Bundesrepublik			
	Okt. 1990 %	Dez. 1991 %	Sept. 1992 %	April 1993 %
"Das vereinte Deutschland ist das wirtschaftlich stärkste Land in Europa. Deshalb muß Deutschland auch eine Führungsrolle übernehmen, sonst werden unsere Interessen im vereinten Europa zu wenig berücksichtigt."	30	45	44	48
"Wir sollten uns doch lieber zurückhalten und auf unsere Nachbarn Rücksicht nehmen. Es reicht doch, wenn wir wirtschaftlich stark sind, da brauchen wir nicht noch eine politische Führungsrolle zu spielen."	57	40	34	39
Unentschieden	13	15	22	13
n =	1.073	1.093	454	1.025
	Neue Bundesländer			
	Okt. 1990 %	Dez. 1991 %	Sept. 1992 %	April 1993 %
"Das vereinte Deutschland ist das wirtschaftlich stärkste Land in Europa. Deshalb muß Deutschland auch eine Führungsrolle übernehmen, sonst werden unsere Interessen im vereinten Europa zu wenig berücksichtigt."	28	35	29	36
"Wir sollten uns doch lieber zurückhalten und auf unsere Nachbarn Rücksicht nehmen. Es reicht doch, wenn wir wirtschaftlich stark sind, da brauchen wir nicht noch eine politische Führungsrolle zu spielen."	62	51	51	51
Unentschieden	10	14	20	13
n =	1.029	1.014	90	1.119
Quelle: Allensbacher Archiv, I/D-Umfragen 5041/I, 5059, 9005/I, 5107, 5079.				

Eine kritische Phase

Der Überblick über ein Jahrzehnt der Entwicklung der deutschen öffentlichen Meinung zur Europäischen Gemeinschaft läßt deutlich erkennen, wie schwer es für die Bevölkerung ist, den Weg zur Europäischen Union zu gehen²³. Um so

wichtiger ist es jetzt, eine engere Verbindung mit den Völkern der Mitgliedsländer aufrecht zu erhalten, ihre Empfindungen und Vorstellungen zu verstehen und ihnen die Ziele und die Schritte dahin so gut wie möglich zu erklären. Niemand hat so klar wie Jacques Delors²⁴ die bisherige Vernachlässigung des Gesprächs mit den Völkern und die Notwendigkeit, das nun zu ändern, dargelegt.

Anmerkungen

- 1 Noelle-Neumann, Elisabeth/Herdegen, Gerhard: Die öffentliche Meinung, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1987/88, S. 321.
- 2 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5079, April 1993.
- 3 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 4075, 5028, 5053, 5075.
- 4 Jacques Delors: Entwicklungsperspektiven der Europäischen Gemeinschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage der Wochenzeitung Das Parlament B1 (1993), 1. 1. 1993, S. 3.
- 5 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5078, März 1993.
- 6 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5107, September 1992.
- 7 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 5060 und 5107.
- 8 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 5041/I, 9005/I, 5060, 5079.
- 9 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 5019, 5031, 5041/I, 9005/I, 9010, 5060, 5079.
- 10 Quelle: Internationale Wertestudie 1990; Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 4053, 4078, 4099/I, 5055, 5074.
- 11 S. auch Noelle-Neumann, E./Herdegen, G.: Die öffentliche Meinung, in: Weidenfeld, W./Wessels, W. (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1989/90, S. 284 und S. 287, Tab. 6, sowie: Noelle-Neumann, E.: Die öffentliche Meinung, in: Jahrbuch der Europäischen Integration 1990/91, S. 274 und Noelle-Neumann, E.: Die öffentliche Meinung, in: Jahrbuch der Europäischen Integration 1991/92, S. 278 f., Tab. 7.
- 12 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5078, März 1993.
- 13 Noelle-Neumann, E.: Die öffentliche Meinung, in: Jahrbuch der Europäischen Integration 1990/91, S. 270, Tab. 3. Im Januar 1993 bezeichneten 77% der Westdeutschen und 74% der Ostdeutschen Europa als "IN" (Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5075, Januar 1993).
- 14 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 5107, 5079.
- 15 Dies wird ausdrücklich hervorgehoben in dem Sofortbericht des Eurobarometers 39 v. Frühjahr 1993, S. 2.
- 16 Noelle-Neumann, E.: Nur eine relative Mehrheit für Maastricht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 234 v. 8. 10. 1992, S. 5.
- 17 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5107, September 1992.
- 18 Quelle: Eurobarometer 1989 (Kommission der Europäischen Gemeinschaften).
- 19 Noelle-Neumann, E./Herdegen, G.: Die öffentliche Meinung, in: Weidenfeld, W./Wessels, W. (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1988/89, S. 278, Tab. 12 und S. 279 und: Noelle-Neumann, E./Herdegen, G.: Die öffentliche Meinung, in: Jahrbuch der Europäischen Integration 1989/90, S. 282, Tab. 2.
- 20 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 3060, 3066, 4008, 4044, 5015, 5059.
- 21 Noelle-Neumann, E.: Die öffentliche Meinung, in: Jahrbuch der Europäischen Integration 1991/92, S. 279, Tab. 7.
- 22 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5067, Juli 1992.
- 23 Das zeigt auch der Sofortbericht des Eurobarometers 39 v. Frühjahr 1993.
- 24 In seinem Artikel für die Wochenzeitung "Das Parlament" v. 1. 1. 1993.